



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

MdB Michael Schrodi bei Fachgespräch im Bundestag: „Die Schuldenbremse kann Deutschlands Zukunft bremsen!“

Olching, 03.12.2019

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

Die sogenannte „Schwarze Null“ und die Schuldenbremse, also der weitgehende Verzicht auf kreditfinanzierte öffentliche Investitionen stehen inzwischen in der Kritik von zahlreichen Ökonomen, Arbeitnehmerverbänden und Gewerkschaften. Beim Fachgespräch zum Thema Schuldenbremse in der vergangenen Woche in Berlin diskutierte der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Schrodi unter anderem mit den Volkswirten Prof. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) und Prof. Jens Südekum vom Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE).

Im letzte Woche verabschiedeten Bundeshaushalt 2020 sind Rekordinvestitionen von 42,9 Mrd. Euro vorgesehen. „Ein gutes Signal, das in den nächsten Jahren ausgebaut werden muss“, so Schrodi, der im Finanzausschuss des Bundestags sitzt. In der Politik wie der Fachwelt herrsche viel Einigkeit darüber, dass es einen großen Investitionsbedarf insbesondere bei Digitalisierung, Klimaschutz, Bildung, Wohnen oder der Bahn gibt.

So fordern etwa der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB Bundesvorstand) gemeinsam ein groß angelegtes Investitionsprogramm. Dann stellt sich jedoch die Frage nach der Finanzierung. Die bundesweit anerkannten Ökonomen Hüther und Südekum schreiben in einem gemeinsamen Papier: „Dieser weitestgehende Verzicht auf öffentliche Verschuldung (...) wird angesichts der aktuellen Zinskonstellationen und der großen strukturellen Investitionsbedarfe, die es in Deutschland in vielen Bereichen gibt (...) äußerst fragwürdig“. Kreditfinanzierte Investitionen seien unter diesen Bedingungen vielmehr volkswirtschaftlich sinnvoll und generationengerecht.

Laut Schrodi braucht es daher dringend eine Debatte über die Reform der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse und darüber, „wie wir die notwendigen Investitionen in die Modernisierung unseres Landes ermöglichen“. Er ist der Meinung,



dass die Schuldenbremse durchaus die Zukunft Deutschlands bremsen kann.

„Die Auswirkungen dieser Fiskalpolitik sehen wir bereits täglich in unseren Landkreisen: Es gibt einen großen Investitionsstau an Schulen, bei der Digitalisierung, im öffentlichen Nahverkehr und beim bezahlbaren Wohnen“, wie der SPD-Politiker erläutert.